



Einführungsrede der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, Ulrike Gote, zur Abendveranstaltung des Aktionstags des Runden Tisch Berlin - Gesundheitsversorgung bei häuslicher und sexualisierter Gewalt“ (RTB) am 05.10.2022

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder des Runden Tisches!

Ich freue mich, dass nach so langer Zeit wieder eine Präsenzveranstaltung gelungen ist. Ebenso freue ich mich, dass so viele Mitarbeitende aus dem Gesundheitswesen und aus Ausbildungseinrichtungen aber auch aus Kinder- und Jugendhilfe, aus den Beratungsstellen und Frauenhäusern, aus Polizei, Justiz und aus der Politik heute hier sind.

Gewalt gegen Frauen – häusliche und sexualisierte Gewalt – ist leider ein ungebrochen brisantes Thema. Es ist in allen Bevölkerungsschichten, unabhängig von Alter, von kulturellen, lebens- und weltanschaulichen Hintergründen verbreitet. Jede 4. Frau schildert körperliche oder sexualisierte Gewalt durch einen (Ex-)Partner. Mindestens Jede 7. Frau berichtet über eine Vergewaltigung oder eine sexuelle Nötigung. Laut Berliner Polizeilicher Kriminalstatistik (PKS) 2021 werden in Berlin täglich 30 Erwachsene – Überwiegend Frauen - Opfer von häuslicher Gewalt. Die Dunkelziffer liegt erheblich höher.

Ich bin froh, dass hier in Berlin so entschieden daran gearbeitet wird, dass die Gesundheitsversorgung ein fester Bestandteil im bestehenden Unterstützungssystem und in der Prävention bei häuslicher und sexualisierter Gewalt wird. Viele Betroffenen (42-64%) werden körperlich verletzt. Noch mehr tragen psychische Wunden – oft über ihr ganzes Leben hinweg - davon.

Das persönliche Leid der Betroffenen, die schwierigen Lebenswege und gesundheitlichen Einschränkungen, die sich häufig aus der erlittenen Gewalt ergeben, sind nicht in Geld zu beziffern und wiegen schwerer als wirtschaftliche Aspekte.

Dennoch ein Blick auf die Kosten: 2017 wurde die erste bundesweite Studie zu den finanziellen Auswirkungen häuslicher Gewalt auf individueller, staatlicher und gesellschaftlicher Ebene vorgestellt. Die Kosten werden auf 3,8 Milliarden Euro im Jahr geschätzt (vgl. S. Sacco 2017). Die Versorgung von Verletzungen nach häuslicher Gewalt kostet die Bundesrepublik jährlich 17,8 Millionen €. (vgl. EIGE 2021). Diese Zahlen werfen ein Schlaglicht auf die gesellschaftliche Dimension von Gewalt in Paarbeziehungen und unterstreichen, wie wichtig die Bemühungen sind, diese Gewalt entschieden zu verhindern!

Ich bin angesichts der vorliegenden Erkenntnisse und Zahlen immer wieder erschreckt und auch verblüfft, dass das Thema immer noch tabuisiert ist und dem Handlungsdruck immer noch nicht adäquat begegnet wird.

Das muss sich verändern. Dazu gehört auch, dass sich alle involvierten Dienste und Stellen überlegen müssen, welchen Beitrag sie leisten können, um Gewalt zu verhindern und Betroffene zu unterstützen. Ich nehme meinen Aufgabenbereich da keinesfalls aus!

Laut einer Studie der Europäischen Agentur für Grundrechte (FRA) von 2014 wendet sich jede 3. Betroffene nach schwerer körperlicher oder sexueller Gewalt an die Gesundheitsversorgung. Das Gesundheitswesen spielt somit eine Schlüsselrolle bei der Intervention und kann maßgeblich dazu beitragen, die Gewaltspirale zu durchbrechen. Aber: Sind sich die Mitarbeitenden des Gesundheitswesens dessen bewusst? Sind sie auf diese Aufgabe gut vorbereitet? Sind die Strukturen, in denen sie arbeiten, auf die Anforderungen einer kompetenten und vertraulichen Versorgung und Unterstützung eingestellt? Ich fürchte nicht alle und nicht in allen Aspekten, die für eine gelingende Intervention wichtig sind.

Die von der Geschäftsstelle des Runden Tisch Berlin - Gesundheitsversorgung bei häuslicher und sexualisierter Gewalt (RTB) 2021 in Auftrag gegebene Online Befragung unter Berliner Gesundheitsfachkräften zur Versorgung nach Gewalt in Paarbeziehungen zeigt: Die Überwiegende Anzahl der Mitarbeiter:innen hat im beruflichen Alltag Kontakt mit Betroffenen (71%). 96% derjenigen die bei der Befragung mitgemacht haben, sind bereit Betroffene zu unterstützen. Und fast alle verfügen schon über Wissen über Unterstützungsmöglichkeiten (90%). Jede 2. Antwortende verweist aber auch auf Barrieren: Unsicherheit im Umgehen mit Betroffenen, Zeitmangel und das Fehlen interner Handlungsleitfäden. Etwa jede 5. Person betont zudem mangelnde Finanzierung und Personal-mangel als Hindernisse in der Versorgung.

Das sind wichtige Anhaltspunkte für Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgung.

Der Runde Tisch Berlin – Gesundheitsversorgung bei häuslicher und sexualisierte Gewalt (RTB) ist ein wichtiges Gremium für eine fachlich durchdachte und abgestimmte Umsteuerung. Beteiligt sind alle Kammern, wichtige Berufsverbände, der Pflegerat, die Berliner Krankenhausgesellschaft und die Kassenärztliche Vereinigung Berlin, der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD), der Rettungsdienst sowie Vertretungen der Berliner Antigewaltprojekte, der Polizei, der Kinder- und Jugendhilfe, der Forschung und Wissenschaft – d.h. zentrale Akteur:innen des Gesundheitswesens in Berlin UND zentrale Akteur:innen der Antigewaltarbeit sowie Nichtregierungs- UND Regierungsorganisationen.

Der RTB arbeitet auf das Ziel hin, die evidenzbasierten Empfehlungen der World Health Organisation (WHO) zur Versorgung Betroffener häuslicher und sexualisierter Gewalt systematisch im Gesundheitswesen zu verankern. Betroffene sollen zum Beispiel verbindlich Ersthilfe und ein erstes Unterstützungsangebot erhalten. Ebenso geht es um systematische Forschung und Datenerhebung, um eine kontinuierliche Qualifizierung der Fachpersonen und um Öffentlichkeitsarbeit zur Problematik, zur Bedeutung der Gesundheitsversorgung und zu Angeboten. Damit werden auch alle auf die medizinische Versorgung nach häuslicher und sexualisierter Gewalt bezogenen Artikel des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul Konvention) erfasst.

An dieser Stelle möchte ich meine Wertschätzung und meinen Dank an alle Mitwirkenden, die sich am Runden Tisch für das Thema engagieren, aussprechen. Ebenso möchte ich mich bei der Geschäftsstelle bedanken, die den Runden Tisch fachlich und organisatorisch begleitet und auch diesen Aktionstag organisiert hat.

Ein kurzer Blick auf die Arbeitsergebnisse des RTB. Sie entsprechen dem in der Online-Umfrage formulierten Wunsch von Gesundheitsfachkräfte nach größerer Handlungssicherheit und Klarheit. So wurden von den Verbänden und Trägern bereits Handlungsempfehlungen für die Notfallversorgung in den Kliniken, für den Rettungsdienst der Feuerwehr Berlin, für Hebammen, für Frauenärzt:innen und für die Schwangeren(konflikt)beratungsstellen erarbeitet. Sie beinhalten Empfehlungen für das aktive Ansprechen möglicher Gewalterfahrungen und das Gespräch mit Betroffenen sowie Übersichten über zentrale spezialisierte Anlaufstellen, die einbezogen oder an die weitervermittelt werden kann. Weitere Handlungsempfehlungen sind im Entstehen für hausärztliche bzw. allgemeinmedizinische Praxen, für die zahnärztliche Versorgung und für den ÖGD.

Auch meine Verwaltung ist mit konkreten Maßnahmen beteiligt: Seit 2022 ist die Thematik in die Weiterbildung zur Schwangerschaftskonfliktberatung und seit 2020 in die Weiterbildung der Babylots:innen integriert. Im Landeskrankenhausplan sind Vorgaben zur Versorgung formuliert (2016 / 2020): „Es müssen Konzepte vorliegen, welche die adäquate Versorgung von Erwachsenen und Kindern sicherstellen, die von häuslicher und/oder sexualisierter Gewalt betroffen sind. (...)“. Als Grundlagen für die Umsetzung sind empfohlen die „Leitlinien der WHO für Gesundheitsversorgung und Gesundheitspolitik“ sowie die „Empfehlungen für Arztpraxen und Krankenhäuser in Berlin zur gerichtsfesten Dokumentation und Spurensicherung nach häuslicher und sexualisierter Gewalt“ (erarbeitet 2018 von einer interdisziplinären Fachgruppe unter dem Dach des S.I.G.N.A.L. e. V.). Seit diesem Jahr stellt meine Verwaltung den 5 Fachberatungsstellen bei häuslicher Gewalt zusätzliche Mittel für die Realisierung eines Pro-aktiven Beratungsangebots in den Zentralen Notaufnahmen (ZNA) der Berliner Krankenhäuser zur Verfügung. Damit können Betroffene frühzeitig erreicht und Mitarbeitende der ZNA entlastet werden. Das Angebot ist bundesweit einmalig und richtungsweisend.

Und nun zum Thema des heutigen Abends: Kommunikation über Gewalterfahrungen. Aus der bereits benannten Online-Umfrage unter Mitarbeitenden der Gesundheitsversorgung wissen wir: Über die Hälfte der Personen wünscht sich, dass die Gesellschaft sich mehr mit der Problematik auseinandersetzt und dass es mehr Hilfestellungen für die konkrete Ansprache und für die Gesprächsführung bei häuslicher und sexualisierter Gewalt gibt.

Das Gesundheitswesen ist ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft. Ich bin überzeugt, dass wir in diesem Bereich sehr wesentlich zur Enttabuisierung beitragen können – vorausgesetzt es gelingt uns eine bewusste und sensible Kommunikation über die Thematik und mehr noch mit den Betroffenen.

Sicherheit im Ansprechen von Gewalterfahrungen ist Grundlage und Voraussetzung für jede weitere Unterstützung. Für eine offene und wertschätzende Kommunikation bedarf es Ruhe, Sicherheit und eine klare Haltung gegenüber häuslicher und sexualisierter Gewalt auf Seiten der Fachpersonen. Wir müssen lernen miteinander und in einer empathischen, offenen und sensiblen Weise über Gewalterfahrungen zu sprechen, Betroffenen zu signalisieren, dass sie nicht alleine sind, dass sie Hilfe und Unterstützung erhalten und dass sie nicht für die Gewalt, die sie erlitten haben, verantwortlich sind.

Die Frage nach Gewalterfahrungen als Teil der Anamnese und die Gesprächsführung bei Gewalt ist in der überwiegenden Mehrheit der Ausbildungen von Gesundheitsberufen noch kein Thema. D.h. die benötigten Fähigkeiten und Kompetenzen müssen im Rahmen von Fortbildungen neu aufgebaut werden.

Regelmäßige, praxisorientierte Fortbildungen für Fachkräfte zum Thema sind existentiell erforderlich und werden von mir unterstützt. Eine curriculare Verankerung in den Ausbildungsgängen der Gesundheitsberufe ist ebenso grundlegend erforderlich. Auch dafür werde ich mich einsetzen. Im Idealfall gelingt eine Verankerung auch in den Prüfungsordnungen.

Ich teile die Einschätzung, dass es an einer breiten gesellschaftlichen Kommunikation mit einem klaren NEIN zu häuslicher und sexualisierter Gewalt und mit einem klaren JA zur Unterstützung der Betroffenen mangelt. Aktivitäten wie den letztjährigen und den heutigen Aktionstag sind aus meiner Sicht wertvoll und außerordentlich wichtig, um gerade im Gesundheitsbereich mehr Sensibilität zu schaffen und die Tabuisierung zu durchbrechen.

Ich freue mich über die heutigen Videos und Postings in den Sozialen Medien und über alle weiteren öffentlichen Aktivitäten des heutigen Tages. Sie machen auf die Problematik aufmerksam und stärken das Gesundheitswesen gezielt in die Verantwortung zu gehen. Ich werde mich weiter an solchen Aktivitäten beteiligen und bitte alle Akteur:innen des Berliner Gesundheitswesens mit mir gemeinsam regelmäßig, klar und öffentlich Position zu beziehen gegen häusliche und sexualisierte Gewalt und für einen sensiblen, achtsamen Umgang der Gesundheitsversorgung mit dem Thema und den Betroffenen.

Unsere Rednerin des Abends ist Mutexpertin und Expertin in eigener Sache. Wir reden meist über Betroffene und selten mit Betroffenen, dabei sind sie diejenigen, die wissen, was gut für sie ist und was die Situation eher verschlimmert. Umso mehr freue ich mich, dass die Hauptreferentin des heutigen Abends, Alice Mari Westphal, eine Expertin in eigener Sache ist. Vielen Dank, dass Sie hier sind! Ich schätze das sehr. Nur wenn Betroffene gehört und gesehen werden, wird das Tabu gebrochen. Ich bedanke mich schon jetzt bei Ihnen, Frau Westphal, dass Sie mit Ihrem Erfahrungswissen dazu beitragen, Sensibilität und Wissen zu fördern.

Und nun wünsche ich Ihnen und uns allen eine spannende und lebendige Veranstaltung und einen schönen Ausklang mit Gesprächen in kleineren Runden. Bevor wir zum Hauptvortrag kommen, gebe ich das Wort an Frau Winterholler und Frau Wieners von der Geschäftsstelle des RTB. Sie werden einen Einblick in die Aktivitäten des heutigen Aktionstags geben.